

Konstantin Kehl
Patricia Röser
Volker Then
Loring Sittler

Engagement 2020

Politik und Forschung für das nächste Jahrzehnt

Policypaper No. 1 des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) und des Generali Zukunftsfonds (GZF) • Dezember 2009

Die Autoren:

Konstantin Kehl ist Politikwissenschaftler am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er leitet das Forschungsprojekt „Bürger unternehmen Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement von und für ältere Menschen“. konstantin.kehl@csi.uni-heidelberg.de

Dr. Volker Then ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker und leitet das CSI seit seiner Gründung im Jahre 2006 als Geschäftsführender Direktor. Zuvor war er langjährig als Projektleiter und Leiter des Bereichs „Stiftungswesen“ in der Bertelsmann Stiftung tätig. Er ist in zahlreichen Stiftungskuratorien bzw. -räten tätig. volker.then@csi.uni-heidelberg.de

Patricia Röser ist Bildungswissenschaftlerin am CSI und bearbeitet ein Teilprojekt zum Freiwilligenengagement in Bildungspatenschaften im Rahmen des Forschungsprojekts „Bürger unternehmen Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement von und für ältere Menschen“. patricia.roeser@csi.uni-heidelberg.de

Loring Sittler hat im August 2008 die Leitung des Generali Zukunftsfonds (gemeinsam mit Roland Krüger) übernommen. Zuvor war er viele Jahre als Geschäftsführer einer staatsbürgerlichen Bildungseinrichtung, als Vertriebsleiter in einer Finanzdienstleistungsgesellschaft und danach kurz im Bereich PR tätig. Sittler hat Politische Wissenschaft, Geschichte und Englisch studiert. loring.sittler@generalide.de

Konstantin Kehl
Patricia Röser
Volker Then
Loring Sittler

Engagement 2020

Politik und Forschung für das nächste Jahrzehnt

Zusammenfassung:

Trotz positiver Entwicklungen der Engagementpolitik und -forschung ist es erst unzureichend gelungen, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen zu verankern. In den Debatten über Integration, Bildung und die Herausforderungen des demografischen Wandels wird das Stichwort Engagement kaum genannt. Stattdessen entsteht mitunter der Eindruck, dass sich die „Engagementszene“ vor allem mit sich selbst beschäftigt. Die Autoren plädieren dafür, dass die Engagementakteure noch weiter über ihren eigenen Tellerrand blicken – weil bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema ist, welches es bei der Beantwortung sozialer Schlüsselfragen zu berücksichtigen gilt, und weil diese gleichermaßen Folgen für die Qualität und die Strukturen des Engagements haben.

In der Bundesrepublik zeichnet sich bereits seit mehreren Jahren ein Wandel des bürgerschaftlichen Engagements ab. Modifizierte Werte der Engagierten und sich verändernde Erwartungen an politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe führen zu neuen Formen und Motiven, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl engagieren.

Zeitgleich findet eine Diskussion in Wissenschaft und Öffentlichkeit statt, die nicht nur zu verstärkter Aufmerksamkeit für das Thema Engagement, sondern bereits zu greifbaren Ergebnissen geführt hat:

- Im Bereich der **Engagementforschung** bedeutete die im Juni 2002 vorgestellte Arbeit der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ die bis dato umfassendste Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements. Mit dem Freiwilligen-survey wurde eine regelmäßige Repräsentativerhebung etabliert. Daneben konnten sich empirische Arbeiten positionieren, die das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unter spezifischen Vorzeichen beleuchten (etwa der vom Generali Zukunftsfonds in Auftrag gegebene „Engagementatlas“). Darüber hinaus setzt sich eine wachsende Zahl an Forschungsinstituten mit dem Thema auseinander.
- Unter dem Stichwort **Engagementpolitik** ist seit dem Ende der 90er Jahre ein eigenes Politikfeld entstanden, das sich der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Verbesserung seiner Rahmenbedingungen widmet. Mit der Übergabe des Abschlussberichts der Enquête-Kommission wurden dem Deutschen Bundestag erstmals konkrete Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Engagementförderung ausgesprochen. Auf Initiative des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) haben kürzlich mehr als 300 Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eine engagementpolitische Agenda entwickelt und der Bundesregierung zur Verfügung gestellt.¹ Daraufhin beschloss das Kabinett im Juli 2009 in der letzten Kabinettsitzung der abgelaufenen Legislaturperiode Eckpunkte einer „Nationalen Engagementstrategie“, die von der neuen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag übernommen wurden.
- Auch die **Qualitäten und Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements** haben sich gewandelt: Bereits seit den frühen 70er Jahren binden Selbsthilfegruppen und andere Formen eines nicht allein auf altruistische Motive zurückzuführenden Engagements ein erhebliches Engagementpotenzial, das dem „klassischen Ehrenamt“ fehlt. Engagierte Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr Selbstentfaltung und Mitsprache in den Institutionen und Organisationen, denen sie Zeit und Kompetenzen zur Verfügung stellen. Aspekte der Selbstverwirklichung und Betroffenheit sind von wachsender Bedeutung – ganz im Gegensatz zum traditionellen Ehrenamt, bei dem das Engagement für Dritte im Vordergrund steht.

¹ vgl. **BBE (2009)**: Engagementpolitische Empfehlungen für die 17. Legislaturperiode. Eine Auswertung der ersten Ergebnisse des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation vom Sprecherrat des BBE, Oktober 2009; Berlin. Online: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/10/nl21_empfehlungen_web.pdf

Engagement als Querschnittsthema

Trotz dieser Entwicklungen ist es vielfach erst unzureichend gelungen, **bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema** in politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen zu verankern. So wird zwar einerseits ausdauernd über die mangelnde Integration von Einwanderinnen und Einwanderern, über offenkundige Fehler des Bildungssystems und die Herausforderungen des demografischen Wandels beraten. Andererseits stellt sich die Diskussion über das bürgerschaftliche Engagement als relativ davon losgelöster Debattenstrang dar:

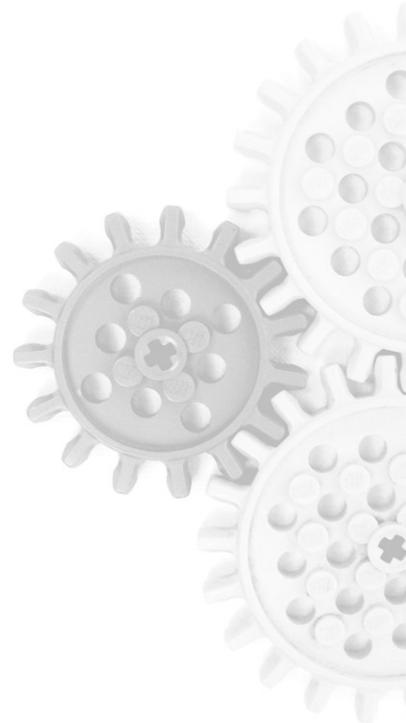
- Eine ressortübergreifende Engagementpolitik und -strategie gibt es nicht. Die Ressorts agieren weitgehend unabhängig voneinander; eine Koordination findet nicht statt, auch nicht zwischen Bund und Ländern. Dabei zeigen die Erkenntnisse der Wissenschaft deutlich, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Zeit und Ideen für gesellschaftliche Belange – etwa im Integrations-, Bildungs-, Alten- und Pflegebereich – einsetzen wollen und können. Die Beteiligten wünschen hierfür aber passende Rahmenbedingungen.
- In ironischer Analogie verharrt die Engagementforschung seit ihrer Entstehung in einem „soziologischen Biotop“. Vertreterinnen und Vertreter der Ökonomie, Psychologie, der Rechts-, Politik- und Bildungswissenschaften sind rar. Dasselbe gilt für wissenschaftliche Institutionen, die sich einem interdisziplinären Forschungsansatz verpflichtet fühlen.

Beides hat Folgen für die Engagementpraxis. So ist eine profunde Beweisführung über die Nützlichkeit und Wirkung des bürgerschaftlichen Engagements bisher ausgeblieben. Es entsteht mitunter der Eindruck, dass sich die „Engagementszene“ vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Zukünftige Aufgaben von Politik und Forschung

Es gilt deshalb, die Engagementpolitik und -forschung weiter zu entwickeln, um die Qualität und die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements weiter zu verbessern. Erste Maßnahmen hierfür wurden im „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ formuliert, das die ressortübergreifende Engagementstrategie der Bundesregierung vorbereitet hat:

- Im Hinblick auf die Engagementpolitik empfiehlt es unter anderem, die Weiterentwicklung von Engagementförderung und -angeboten vornehmlich unter den Gesichtspunkten gesellschaftlicher Bedarfe und Herausforderungen (beispielsweise des demografischen Wandels), ungehobener Engagementpotenziale (beispielsweise Menschen mit Zuwanderungsgeschichte) und neuer Zugangswege zum Engagement (beispielsweise „Online Volunteering“) voranzutreiben.
- Die Engagementforschung soll demnach die Dauerbeobachtung des bürgerschaftlichen Engagements durch repräsentative Befragungen



verstetigen und neuen Formen des (informellen) Engagements größere Beachtung schenken. Sie soll das Wissen über die Motive des bürgerschaftlichen Engagements durch quantitative und qualitative Studien mehren, die Biographie- und Lebenslaufforschung intensivieren, aber neben positiven auch mögliche negative Gesellschaftseffekte von Engagement in den Blick nehmen.

Ohne Frage handelt es sich hierbei um wichtige und sinnvolle Vorhaben, die von Forderungen nach besserer Theoriebildung, einheitlichen Konzepten und Definitionen flankiert werden.² Ihre Umsetzung setzt aber voraus, dass die „Engagementszene“ noch weiter über ihren eigenen Tellerrand blickt – dass alle Beteiligten miteinander lernen, dass bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema darstellt, welches es bei der Beantwortung sozialer Schlüsselfragen zu berücksichtigen gilt, und dass diese gleichermaßen Folgen für die Qualität und die Strukturen des Engagements haben.

Ungelöste Fragen bei Bildung & Integration

So nimmt etwa das Thema **Bildung als Kapital unserer Gesellschaft** großen Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Die Ergebnisse der PISA-Studien lieferten willkommene Anlässe für Diskussionen darüber, wie das Bildungsniveau von Schülerinnen und Schülern verbessert werden kann. Da die Studie mit erschreckender Deutlichkeit herausgearbeitet hat, dass insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund auch bei hoher Intelligenz nur schwer Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen erhalten, ist die Bildungsthematik zugleich ein Integrationsthema geworden. Zentrale Fragen, die hinter den Reformbemühungen des Bildungssystems stehen, sind, wie Kinder mit weniger guten Startbedingungen gefördert, und wie Kinder aus Einwanderungsfamilien in das Bildungssystem integriert werden können, um deren Bildungs- und Lebensgestaltungschancen zu verbessern.³

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen bessere Bildungschancen und Integrationsmöglichkeiten nicht nur aus Gesichtspunkten der Chancengerechtigkeit, sondern auch in ökonomischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht stärker in das Blickfeld von Wissenschaft und Gesellschaft gelangen. Darüber hinaus ist ein Bewusstsein dafür nötig, dass Bildung nicht erst in Schule oder anderen institutionellen Bildungseinrichtungen beginnt, nicht dort aufhört und auch nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft, sondern alle Altersgruppen und Schichten quer durch die Bevölkerung. **Bildung besitzt eine gesamtgesellschaftliche Dimension, die eng mit dem Thema Integration zusammenhängt.**

2 vgl. Anheier, Helmut K./ Spengler, Norman/ Mildenerger, Georg/ Kehl, Konstantin/ Then, Volker (2009): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Europa; in: BBE-Newsletter 6/2009. Online: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/n106_anheier_01.pdf; oder: BMFSFJ (2009): Monitor Engagement. Ausgabe Nr. 1. Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung; Berlin.

3 vgl. Sylvester, Ina/ Sieh, Isabelle/ Menz, Margarethe/ Fuchs, Hans-Werner/ Behrendt, Jan (2009): Bildung, Recht, Chancen. Rahmenbedingungen, empirische Analysen und internationale Perspektiven zum Recht auf chancengleiche Bildung; Münster.

In diesem Kontext kommen ältere Menschen ins Gespräch, deren Lebensumstände (Zeit-)Räume zulassen, in denen sie sich für Kinder und Jugendliche engagieren können (bzw. sollen), und – im Zuge intergenerationellen Lernens – ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung weiter geben.⁴ Etwas neuer in dieser Diskussion ist die Frage, wie Menschen, die selbst auf eine Zuwanderungsgeschichte zurückblicken können, speziell Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund unterstützen können. Es gibt bereits einige Kooperationen mit Freiwilligen, die aber nur teilweise systematisch organisiert und oftmals lokal beschränkt sind. Damit die Zusammenarbeit mit Engagierten dauerhaft gelingen kann, muss geklärt sein, welche Bedingungen für Engagement in diesem Feld vonnöten sind. Außerdem muss klar formuliert werden, welche Aufgaben Freiwillige sinnvollerweise übernehmen können, sollen und wollen, und welche Voraussetzungen für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen hauptamtlich Tätigen und Freiwilligen erfüllt sein müssen.

Ältere Menschen haben in ihrem Leben Erfahrungen gesammelt und Kompetenzen erworben, von denen jüngere Generationen profitieren können. Gerade im Bereich der Motivationsforschung sind aber noch viele Fragen zu Einstellungen, Erwartungen und Motiven im Engagementbereich offen. Es stehen deshalb Forschungsaufgaben an, die diese Wissenslücken schließen können, damit das Zusammenspiel von Bildungsaufgaben, bürgerschaftlichem Engagement und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden kann.

Ein Problem, das sich bei der Erforschung dieses Bereiches stellt, ist die Tatsache, dass die Zusammenhänge von Bildung und Integration zentrale gesellschaftliche Strukturen berühren, die sowohl schwer zu erfassen sind als auch ein großes Beharrungsvermögen aufweisen. Darüber hinaus ist das Feld sehr unübersichtlich und kleinteilig strukturiert – was einerseits dazu führt, dass die Organisationen vor Ort rasch agieren und auf drängende Fragen flexibel reagieren, andererseits aber oft unklar ist, wer sich mit gleichen Fragen beschäftigt: Wegen dieser Zerklüftung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Träger können oft Synergieeffekte nicht genutzt werden. Damit diese Strukturen besser verstanden und entwickelt werden können, muss **anwendungsorientierte Forschung** betrieben werden, um für Handlungsempfehlungen, die möglichst vielen Akteuren nutzen, die Grundlage zu legen.

Engagement für häusliche Pflege älterer Menschen

Ein weiteres Zukunftsproblem ist die **Versorgung älterer Menschen mit Pflege- und Unterstützungsleistungen** im Alltag. Durch die demografische Entwicklung werden Pflege- und Unterstützungsbedarfe in Deutschland dramatisch zunehmen. Zeitgleich schrumpfen die Finanzmittel der Sozialversicherung, da die Zahl der Beschäftigten mit Versicherungspflicht tendenziell abnimmt. Das Pflegesystem der Bundesrepublik wird in

⁴ vgl. Mai, Ralf/ Swiaczny, Frank (2008): Demographische Entwicklung. Potentiale für bürgerschaftliches Engagement. BiB- Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 126; Wiesbaden.

Zukunft vermutlich noch weniger die Gesamtheit der Unterstützungs- und Pflegebedarfe älterer Menschen abdecken.

Neben der Pflege an sich ist auch ein Mehrbedarf an niedrigschwelliger Unterstützung zu erwarten. Ein Großteil dieser Hilfeleistungen wird heute noch durch informelles Engagement in den Familien erbracht. In den Heimen konzentrieren sich dagegen die Hochaltrigen – eine durchaus nicht erwünschte und für alle Beteiligten nachteilige Entwicklung. Andererseits sind informelle Unterstützungs- und Pflegepotenziale innerhalb der Familie aufgrund von zahlreichen Veränderungen der Familienstrukturen (z.B. neue Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens, zunehmende Kinderlosigkeit, höhere Frauenerwerbsbeteiligung) stark rückläufig. Hieraus ergibt sich eine paradoxe Situation, die wir als „Unterstützungs- und Pflegedilemma“ beschrieben haben⁵: Die Politik verlagert die Verantwortung für Pflege und Unterstützung durch die Ausgestaltung der Pflegeversicherung mehr und mehr in die unmittelbare Lebenswelt der Betroffenen, während sich deren traditionelle Unterstützungskapazitäten sukzessive auflösen.

Engagementpotenzial in neuen Wohnformen

Im Vergleich zur informellen Pflegeübernahme durch Familienmitglieder spielt **bürgerschaftliches Engagement im System der Unterstützung und Pflege älterer Menschen** bislang eine untergeordnete Rolle. Wie die steigende Popularität und die – wissenschaftlich nachgewiesene⁶ – Leistungsfähigkeit von quartiersbezogenen, gemeinschaftlichen Mehrgenerationenwohnhäusern zeigen, können Wohnformen mit sozialarbeiterischer Betreuung aber durchaus Nachbarschaftshilfe stimulieren, steuern, und damit den Sicherheitsbedürfnissen und Verwirklichungswünschen älterer Menschen entgegen kommen. So liegt die Attraktivität solcher Modellprojekte nicht allein in der Tatsache begründet, dass im Fall eigener Hilfebedarfe Personen aus dem unmittelbaren Lebenskontext für Aktivitäten der Alltagsunterstützung (z.B. Hilfe bei Einkäufen, Behördengängen, Handwerksleistungen etc.) herangezogen werden können. Sie tragen vielmehr auch dem verstärkt geäußerten Wunsch älterer Menschen Rechnung, die demografisch bedingte Verlängerung der Ruhestandsphase möglichst sinnvoll zu gestalten.

Dennoch mangelt es bis heute an einer breit angelegten, systematischen und empirisch angeleiteten Untersuchung, die sich dem gegenwärtigen Stellenwert und den zukünftigen Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements im Pflege- und Unterstützungsbereich widmet. Dies liegt zum einen an unübersichtlichen und uneinheitlichen Datenbeständen, und zum anderen daran, dass über die politischen Diskurse und Interaktionen,

⁵ vgl. Kehl, Konstantin/ Then, Volker (2008): Bürgerschaftliches Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Dienstleistungen: Gemeinschaftliche Wohnmodelle als Ausweg aus dem Unterstützungs- und Pflegedilemma? Expertise im Rahmen des „Berichts zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ des BMFSFJ; Berlin. Online: http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/expertise_kehl-then.pdf

⁶ vgl. Netzwerk Soziales Neu Gestalten (2009): Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 3: Soziale Wirkung und „Social Return“ – Eine sozioökonomische Mehrwertanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte; Gütersloh.

welche über die Regelung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Verantwortlichkeiten entscheiden, kaum etwas bekannt ist. Kurzum: Obwohl die Ressourcen freiwilliger Helfer in politischen Debatten als willkommene Ergänzung öffentlicher Sozialleistungen interpretiert werden, ist das Wissen über die „Leistungsfähigkeit“ des bürgerschaftlichen Engagements und über sein Verhältnis zum öffentlichen Sektor gering.

Dieselbe Unwissenheit gilt im Hinblick auf den Erfolg von Reformen, die bürgerschaftliches Engagement zu fördern beabsichtigen. So soll das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz aus dem Jahre 2008 helfen, die Leistungen der Pflegeversicherung besser an die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen, der Pflegekräfte und informeller Pflege- und Unterstützungspersonen anzupassen. Zu diesem Zweck sollen neben der Weiterentwicklung von pflegerischen Infrastrukturen und Leistungen die niedrigschwelligen Angebote und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert werden. Hier drängt sich die Frage auf, wie es vor Ort gelingen kann, die Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation auszubauen (und systematischer in Pflege- und Unterstützungsprozesse einzubinden), und welche Koordinationsmechanismen zwischen den beteiligten Akteuren zum Erfolg führen.

Bürgerschaftliches Engagement 2020?

Die Themen Bildung, Integration und Hilfe bei der Lebensbewältigung älterer Menschen stehen exemplarisch für eine Vielzahl gesellschaftlicher Sachverhalte, die Bezüge zum bürgerschaftlichen Engagement aufweisen und zukünftiger Engagementpolitik wie -forschung den Weg weisen.

Möchten die Engagementakteure dem Vorwurf des Selbstbezugs entgegen treten, müssen sie die gesellschaftliche Realität und den „Mikrokosmos Engagement“ verbinden. Sie müssen darauf verweisen, welchen Teil Engagement zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen kann, und welchen Stellenwert Phänomene der sozialen Wirklichkeit für den Engagementkontext besitzen.

Im Rahmen des vom Generali Zukunftsfonds geförderten und vom Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Universität Heidelberg wissenschaftlich geleiteten Forschungsprojekts „Bürger unternehmen Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement von und für ältere Menschen“ und des Doktorandenkollegs „Bürgerschaftliches Engagement“ entstehen derzeit Forschungsarbeiten, die die genannten Bezüge aus unterschiedlichen Forschungsperspektiven beleuchten. Das Zusammenspiel der Bereiche Bildung, Integration und Engagement dient dabei als Basis für die Entwicklung von Strategien für eine bildungs- und migrationssensible Engagementpraxis, mit denen bestehende Strukturen ausgebaut, optimiert und damit längerfristig gesellschaftlicher Nutzen erzielt werden soll. In die andere Richtung zielen die Forschungsanstrengungen im Bereich Pflege und Unterstützung: Die in diesem Bereich gewonnenen Erkenntnisse über das Verhältnis von öffentlichen Sozialleistungen und bürgerschaftlichen Engagementbeiträgen, über die Funktionsmechanismen politischer Prozesse zwischen Staat und Gesellschaft, und über die Wirkungsweise

von Förderinstrumenten zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung zielen darauf ab, die Engagementpolitik auf spezifische Handlungsfelder und -logiken, und andere Politikbereiche auf bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen hinzuweisen.

Beide Ansätze tragen ihren Teil dazu bei, die Engagementforschung zugleich praxisorientierter und theoretisch fundierter zu gestalten: Praxisorientierter, indem sie konkrete Strategien für die Akteure vor Ort entwickeln und der Politik zeigen, welche Relevanz bürgerschaftliches Engagement für die Lösung drängender Zukunftsprobleme besitzen kann. Theoretisch fundierter, indem sie die Erkenntnisse der Engagementforschung mit verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen verknüpfen.

Zu den zwei im Forschungsprojekt bearbeiteten Teilprojekten und den drei von Stipendiatinnen und Stipendiaten des Doktorandenkollegs erstellten Forschungsarbeiten stoßen bis 2011 planmäßig sechs weitere Arbeiten hinzu, die durch enge Koordination in einen gemeinsamen Kontext gebracht werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei verstärkt der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt und bürgerschaftlichem Engagement.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Wissensdefizite im Engagementbereich kann dies allerdings nur der Teil eines Ganzen sein, dem sich die gesamte „Engagementszene“ im kommenden Jahrzehnt verpflichtet fühlen sollte. Zentrale Aufgaben könnten dabei im Rahmen eines Sonderforschungsbereichs der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie von privaten Wissenschaftsförderern wie dem Generali Zukunftsfonds übernommen werden, welche die bislang von öffentlichen Mitteln dominierte Förderpraxis der Engagementforschung ohne politische Interessen und mit langfristig ausgerichteten Programmen bereichern – für die Forschung, für die Engagementpolitik und für die Engagierten der **Zukunft**.



Policypaper No. 1 des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und des Generali Zukunftsfonds (GZF) im Rahmen des vom GZF geförderten und vom CSI wissenschaftlich geleiteten Forschungsprojekts „Bürger unternehmen Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement von und für ältere Menschen“ und des Doktorandenkollegs „Bürgerschaftliches Engagement“.

Das **Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI)** ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Heidelberg. Es versteht sich als interdisziplinäres Forschungs-, Bildungs- und Beratungszentrum, welches das Verständnis sozialer Investitionen in theoretischer wie praktischer Hinsicht zu erweitern sucht.

Der **Generali Zukunftsfonds (GZF)** unterstützt bürgerschaftliches Engagement der Generation 50plus in ganz Deutschland. Er fördert standortbezogene Projekte in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft.

Herausgeber:

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI)
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Adenauerplatz 1
69115 Heidelberg

Telefon: 06221 54119-50
Telefax: 06221 54119-99
Mail: csi@csi.uni-heidelberg.de



Stand: Dezember 2009, 1. Auflage
Druck: Baier Digitaldruck, Heidelberg

Bildnachweis: S. Hofschlaeger/ pixelio.de (1,5,6,10)

Engagement 2020

Politik und Forschung für das nächste Jahrzehnt

Trotz positiver Entwicklungen der Engagementpolitik und -forschung ist es erst unzureichend gelungen, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen zu verankern. In den Debatten über Integration, Bildung und die Herausforderungen des demografischen Wandels wird das Stichwort Engagement kaum genannt. Stattdessen entsteht mitunter der Eindruck, dass sich die „Engagementszene“ vor allem mit sich selbst beschäftigt. Die Autoren plädieren dafür, dass die Engagementakteure noch weiter über ihren eigenen Tellerrand blicken – weil bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema ist, welches es bei der Beantwortung sozialer Schlüsselfragen zu berücksichtigen gilt, und weil diese gleichermaßen Folgen für die Qualität und die Strukturen des Engagements haben.